

Ä1 Gegen das EU-Türkei-Abkommen! Für eine menschliche Politik!

Antragsteller*in: AK Globales und Internationales

Beschlussdatum: 06.03.2020

Änderungsantrag zu A16

Von Zeile 7 bis 13:

~~Circa 15.000 Menschen bangen nun im Niemandsland zwischen Griechenland und der Türkei um Hilfe. Natürlich ist es nicht nur so, dass sie friedlich warten würden: Wo Verzweiflung und Wut ist, da ist auch immer Gewalt – aber eine Gewalt, die durch die türkische Regierung provoziert wird, indem sie sie als Druckmittel gegenüber der EU instrumentalisiert. Die Antwort darauf ist Repression in Form von Tränengas und körperlicher Gewalt durch den griechischen Staatsapparat.~~ Circa 15.000 Menschen hängen zurzeit zwischen Griechenland und der Türkei fest. Sie werden als Verhandlungsmasse zwischen der EU und der Türkei missbraucht. Die menschenrechtlichen Umstände sind erbärmlich, immer wieder gibt es Angriffe von rechten Gruppen sowie Repression in Form von Tränengas und körperlicher Gewalt durch den griechischen Staatsapparat. Die Situation der Geflüchteten in Griechenland ist dabei bereits seit einigen Jahren menschenunwürdig. Die Europäische Politik trägt die Verantwortung für diese Situation, unter anderem weil sie im Deal mit der Türkei das Asylrecht von Menschen mit Füßen getreten hat.

Begründung

erfolgt mündlich